



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Algerien 2014

Algerien wurde im Januar 2014 Mitglied im Menschenrechtsrat (Human Rights Council) der Vereinten Nationen. Doch den mehrfach angefragten Besuch vom UN Sonderberichterstatter zu Folter lehnte die Regierung weiterhin ab. Auch die UN Arbeitsgruppe zu erzwungenem oder unfreiwilligem Verschwinden bekam nach wie vor keine Einladung. In den 90er Jahren hatte es etwa 7000 Fälle von Verschwundenen gegeben und zahlreiche Folterfälle auch in geheimer Haft, die bis heute nicht aufgeklärt sind. Menschenrechtsorganisationen aus dem Ausland bekommen seit Jahren generell kein Visum für Algerien und einheimische Menschenrechtsorganisationen werden massiv behindert. In einer gemeinsamen Erklärung forderte Amnesty International mit vier weiteren internationalen Menschenrechtsorganisationen die algerische Regierung auf, die UN-Vertreter und zivil gesellschaftliche Organisationen künftig ins Land zu lassen. AI Researcher sind seit 2005 vom Einreiseverbot betroffen. Entsprechend dünn ist die Nachrichtenlage aus Algerien auch von AI. (1)

Exzessive Polizeigewalt

Am 20. April zerschlugen Polizeieinheiten mit exzessiver Gewalt eine Demonstration in der Stadt Tizi-Ouzou, die friedlich an 2001 erinnerte, als Proteste gewaltsam niedergeschlagen worden waren. Zeugen berichteten, wie Polizeibeamte unbewaffnete Demonstranten schlugen und sie mit Plastikpatronen beschossen. Lounis Aliouat wurde dabei ins Auge getroffen und ist seitdem auf einem Auge blind. Laut offizieller Verlautbarung wurden im Anschluss fünf Polizeibeamte suspendiert und die exzessive Gewaltanwendung sollte untersucht werden. Bis zum Jahresende wurden keine Ergebnisse der Untersuchung bekannt. (2)

Rund um die Präsidentschaftswahlen im April gab es vermehrt Demonstrationen gegen eine vierte Amtszeit von Präsident Bouteflika, die alle von Sicherheitskräften aufgelöst wurden. Dabei wurden Demonstranten häufig nur aufgrund ihrer Teilnahme an der Demonstration verhaftet, aber auch beobachtende Menschenrechtsaktivist*innen und

Medienarbeitervertreter*innen festgenommen. (4)

Weitere Meldungen zu exzessiver Polizeigewalt während Demonstrationen wurden jedoch nicht bekannt.

Folter

Im Jahr 2014 wurden aus Algerien keine neuen Foltervorwürfe bekannt.

Das UN Komitee gegen Folter hatte 2013 eine Untersuchung zum Tod von Mounir Hammouche angemahnt, der bereits 2006 in Haft gestorben war. Auch 2014 gab es dazu keine offizielle Untersuchung, Algerien ignorierte konkrete Maßnahmen zur Untersuchung, die das UN-Komitee vorschlug. (2)

Links

1) <https://www.amnesty.org/en/documents/mde28/008/2014/en/>

2) Amnesty International Report 2014/2015, Algeria. Download:
<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/0001/2015/en/>

3) <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2016/05/repression-on-the-rise-in-algeria-as-peaceful-protesters-face-imprisonment/>

4) <https://www.amnesty.org/en/latest/news/2014/04/algeria-pre-election-clampdown-exposes-gaping-holes-human-rights-record/>